

## Danksagung anlässlich der Verleihung der Lenné-Medaille

Schon die Ankündigung der Verleihung der Lenné-Medaille durch die Lenné-Akademie hat mich sehr überrascht und gleichermaßen erfreut. Ich bin mir der hohen Ehre wohl bewusst und bedanke mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, den anderen Vorstandsmitgliedern und bei Ihnen allen ganz herzlich für diese Würdigung.

Wenn mein beruflicher Lebensweg rückblickend mit erfolgreichem Wirken und Anerkennung verbunden wird, dann war das nur mit einem Team von ebenso engagierten und kompetenten Fachkolleginnen und Fachkollegen sowie einem engen Netzwerk mit unterschiedlichen Verbänden möglich. Ich bin sehr erfreut, dass eine große Zahl von ihnen anwesend ist und schließe sie/Sie als langjährige Wegbegleiter dankbar in diese Ehrung ein.

An einem Tag wie diesem erinnert man sich gern an manchen Erfolg, an herausragende Ereignisse und viele kleine positive Dinge des beruflichen Lebens, ebenso an weniger Erfreuliches.

Auch als Pensionär verfolge ich die aktuelle Entwicklung des Berliner Stadtgrüns und der Fachverwaltungen mit Interesse, aber gleichermaßen mit Sorge auf Grund problematischer politischer Entscheidungen im Rahmen der permanent fortschreitenden Verwaltungsreform und einem damit verbundenen Abbau bzw. Verlust von Ressourcen im öffentlichen Grün- und Freiraumbereich, letztlich mit einem Verlust an Freiraumqualitäten.

Die prekäre Situation im Bereich der Pflege und Unterhaltung auf Grund der großen Defizite an Personal und Geld ist seit Jahren hinreichend bekannt; sie werden gerade in jüngster Zeit wieder durch die Tagespresse schlaglichtartig problematisiert (z.B. *Tagesspiegel* vom 22.10.2012). Darauf will ich hier nicht eingehen.

Aber neben diesen sichtbaren Auswirkungen der Verwaltungsreform gibt es auch weiterhin personelle und organisatorische Veränderungen, die in der Öffentlichkeit weniger Interesse finden, jedenfalls kaum wahrgenommen werden, vielleicht auch in ihrer Langzeitwirkung erst spät erkannt werden.

Organisationsänderungen in der Berliner Grünverwaltung hat es in den letzten 45 Jahren, die ich noch etwas überblicke, immer wieder gegeben - bei einem Regierungswechsel oder auch durch Gesetze, wie durch das sog. Verwaltungsreformgesetz (vom 17. Mai 1999), das zum Ziel hatte, die gesamte „*Berliner Verwaltung den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen und weiterzuentwickeln*“, dazu gehörte u.a. auch, die Zahl der Organisationseinheiten (z.B. der ministeriellen Abteilungen) zu reduzieren, die Verwaltung also schlanker zu machen und damit Personal (auch) im Leitungsbereich einzusparen. So wurde, wie die meisten von Ihnen wissen, bei meiner Pensionierung im Jahre 1999 die Abteilung *Landschaftsentwicklung und Freiraumplanung* mit der Abteilung *Stadtplanung und Stadtgestaltung* zum neuen Leistungs- und Verantwortungszentrum (LUV) „*Stadt- und Freiraumentwicklung*“ zusammengelegt mit der Folge, dass damit die fast 130jährige Eigenständigkeit der „Grünverwaltung“, die 1870 unter Gustav Meyer als erstem Berliner Stadtgartendirektor begann, zum großen Bedauern verloren ging.

Die Hoffnung, dass diese herbe Entscheidung eine Ausnahme bleiben würde, hat sich nicht erfüllt. Seit damals, also nach mehr als einem Jahrzehnt, schreitet die Verwaltungsreform noch immer mit gleicher Zielrichtung im Grünbereich weiter fort.

Dazu drei aktuelle Beispiele.

1. Die Stelle des obersten Gartendenkmalpflegers Berlins (zugleich Stellvertretender Landeskonservator) wurde nach dessen Versetzung in den Ruhestand im letzten Jahr nicht wieder besetzt, obwohl die Berliner Gartendenkmalpflege über Jahrzehnte bundesweit als beispielgebend und mit hoher Anerkennung in der Öffentlichkeit gewirkt hat. Vielmehr wird die Gartendenkmalpflege im Landesdenkmalamt seitdem von einer Archäologin geleitet, zusammen mit ihrem bisherigen Aufgabengebiet. Siehe Organigramm: Unter den 4 obersten Leitungskräften kein Gartendenkmalpfleger mehr!

Unabhängig davon wurde unter dem Motto „Geteilte Verantwortung hat sich bewährt“ das Landesdenkmalamt in diesem Jahr auf die Aufgaben einer Denkmalfachbehörde reduziert - zugunsten der Obersten Denkmalschutzbehörde in der Senatsverwaltung. Werkstatt „Baukultur – Kommunikation - Oberste Denkmalschutzbehörde“. Diese neue Zuordnung entspricht allerdings einer traditionellen/ üblichen Geschäftsverteilung.

2. In jüngster Zeit sind in den Berliner Bezirken weitere gravierende Änderungen vollzogen worden, die neue Erosionen im Grün- und Freiraumbereich befürchten lassen. Nachdem in den 90er Jahren den Bezirksverwaltungen u.a. weitere Aufgaben zugewiesen wurden - z.B. durch Verlagerung aus der Hauptverwaltung (=„Abschichtung“) - und die Bezirke größere Eigenverantwortung und Eigenständigkeit erhalten hatten, kam es leider auch zu sehr unterschiedlichen, von Bezirk zu Bezirk abweichenden Organisationsstrukturen, insbesondere der Naturschutz- und Grünflächenämter. Das konnte auf Dauer keinen Bestand haben!

Tatsächlich wurde mit dem sog. Bezirksverwaltungsgesetz (8. Änderung) in diesem Jahr in allen Bezirken (wieder) eine einheitliche Ämterstruktur eingeführt; eine an sich sehr löbliche Maßnahme, aber wiederum zum Nachteil für die grüne Verwaltung - mit fatalen „Nebenwirkungen“: Der Fachbereich Naturschutz wurde aus einem komplexem Freiraumverbund herausgelöst und mit dem Fachbereich Umweltschutz zusammengelegt (zum neuen Umwelt- und Naturschutzamt).

Die anderen grünen Belange sind dem neuen Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt zugeordnet, nämlich Neubau und Unterhaltung von Grün- und Freiflächen einschließlich Friedhöfe und Kleingärten und - als größte Überraschung - auch die Landschaftsplanung(!), ein Bereich also, der weit über Berlin hinaus beispielhaft wirkte.

Diese Kombination Tiefbau und Landschaftsplanung macht m. E. die mangelnde Wertschätzung und fehlendes Verständnis für fachliche Zusammenhänge durch Verwaltungsorganisatoren und die Politik in fataler Weise deutlich.

Aber komplexe Planungen wie die Landschaftsplanung spielen für die Politik offensichtlich kaum noch eine Rolle, eher wohl Fachplanungen wie Verkehrs-, Kleingarten- oder Friedhofsplanungen.

Dieser Zusammenschluss übertrifft noch die schlechten Beispiele vieler

anderer Städte, in denen Straßenunterhaltung und Grünpflege mit ihren jeweils eigenen großen Finanz- und Personaldefiziten schon länger in einem gemeinsamen Amt vereint sind oder vielleicht auch konkurrieren.

Die Zuordnung der beiden neuen Ämter zum jeweiligen Dezernat wiederum ist nicht einheitlich, mal sind sie einem, mal verschiedenen Stadträten zugeordnet. Aber das ist dann schon fast eine Lappalie (meist dem Parteien-Proporz geschuldet).

Im Übrigen: Nur in drei Bezirken wird dieses Amt z.Z. von einem Landschaftsarchitekten bzw. Landschaftsplaner geleitet (in Neukölln und Mitte schon seit Jahren, Reinickendorf), in 2 oder 3 Bezirken ist die Stelle vakant; in der Mehrzahl der Bezirke also ist der Amtsleiter ein Tiefbauer bzw. Bau-Ing. Der Verlust an „grüner“ Fachlichkeit und Eigenständigkeit in diesem Leitungsbereich wird m.E. die weitere Entwicklung spürbar beeinflussen, beeinträchtigen, von zusätzlichem Koordinierungsaufwand abgesehen.

Ungeachtet dieser erst kürzlich verordneten neuen Ämterstruktur wurde in aller jüngster Zeit von mindestens zwei Bezirken (Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg) mit der Finanzverwaltung die Möglichkeit der Gründung von Eigenbetrieben diskutiert, um weitere „verordnete Personaleinsparpotentiale leichter umzusetzen“. Wie ernst auch immer diese Überlegungen zu werten sind, haben sie bereits zu großer Unruhe bei den Betroffenen und zur Demonstration geführt, wie bereits der Presse zu entnehmen war.

3. Eine andere Ankündigung lässt einen weiteren Bedeutungsverlust befürchten. Vor einigen Jahren hat der Innensenator Berlins die Referendar-Ausbildung für den höheren bautechnischen einschließlich gartenbautechnischen Verwaltungsdienst eingestellt - gegen den Widerstand der Fachbehörden.

Diese befürchteten längerfristig einen Wissens- und Kompetenzverlust, der sich auch bald in einigen Bereichen der Bauverwaltung bemerkbar machte.

Tatsächlich hat nun kürzlich die Innenverwaltung Bereitschaft signalisiert, für die Disziplinen im Bau- und Planungsbereich die Referendar-Ausbildung wieder zuzulassen, eine überfällige Korrektur, aber leider wieder zum Nachteil des Bereiches Landespflege/ Gartenbau, für den eine entsprechende zweijährige Verwaltungsausbildung nicht erforderlich wäre, weil hier „keine hoheitlichen Aufgaben wahrgenommen“ würden (was im übrigen nicht zutrifft).

Diese scheinbar unbedeutende Abweichung könnte sich für die Führungskräfte der Berliner Grünverwaltung aber schon bald, jedenfalls mittel- bis langfristig, zusätzlich gravierend auswirken:

Wenn beispielsweise die Stelle eines Tiefbau- und Landschaftsplanungsamtes neu zu besetzen ist, hat der Landespflegekandidat gegenüber dem Tiefbau-Ingenieur mit Referendar-Abschluss (als Assessor) automatisch das Nachsehen.

Damit fällt der „grüne“ Verwaltungsbereich in die Zeit vor 1973 zurück, denn in jenem Jahr hatte die Landespflege durch die Einführung der Referendar-Ausbildung endlich mit den anderen Fachdisziplinen „auf Augenhöhe“ gleichgezogen, z.B. dem Städtebau, Stadtbauwesen, Straßenwesen, Wasserwesen, Hochbau, Umwelttechnik/Umweltschutz, was sich zwangsläufig danach auch in der entsprechenden Stellenbewertung auswirkte.

Nebenbei bemerkt: Alle drei derzeitigen Amtsleiter mit Landespflege-

**Abschluss haben auch eine abgeschlossene Referendar-Ausbildung.**

**Eine ähnliche Entwicklung wie im höheren Dienst befürchten Fachkollegen für die Ausbildung des gehobenen technischen Verwaltungsdienstes (früher: sog. Inspektoren-Ausbildung).**

**In allen Fachdisziplinen besteht eine gemeinsame Sorge, dass künftig in verstärktem Maße Fachleute von Verwaltungskräften bzw. Juristen verdrängt werden, sodass die Fachlichkeit in der Verwaltung an Bedeutung verliert.**

**Natürlich gibt es wie überall immer wieder Höhen und Tiefen, und so bleiben der Wunsch und die Hoffnung für die Zukunft,**

- **dass sich aus diesem heutigen Zustand wieder Neues, Positives entwickelt,**
- **dass die Politik wieder zu besseren Erkenntnissen und Einsichten findet,**
- **dass sich in der Praxis langfristig wieder mehr Stabilität und Kontinuität einstellt, die sich gleichermaßen auf Motivation und Engagement des Personals und nicht zuletzt auf die Qualität des Stadtgrüns spürbar auswirkt.**

**Ein enges Zusammenwirken des gesamten Berufsstandes einschl. der „grünen“ Verbände sollte in einer solchen kritischen Phase unverzichtbar sein.**

**Zum Schluss in diesem Sinne - also unter dem Motto „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ - ein passendes, wenn auch sehr bescheidenes Beispiel:**

**Lt. Tagesspiegel vom 28. Oktober d.J. hat der SPD-Parteitag beschlossen: Für Parkplätze mit mindestens acht Stellplätzen soll die Anpflanzung von Bäumen (einer je vier Stellplätze) in der Bauordnung vorgeschrieben werden.**

**Genau diese Bestimmung galt in den 60er, 70er und wohl auch noch in den 80er Jahren und fiel dann gegen den Widerstand der Fachleute der Verwaltungsreform zum Opfer (Entschlackung der gesetzlichen und administrativen Bestimmungen!). Seitdem sind stadtweit unzählige trostlose Groß-Parkplätze von Einkaufszentren entstanden, die nun zu später Erkenntnis der Politik führen.**